



Herrn Bezirksbürgermeister  
Andreas Hupke

Herrn Bürgeramtsleiter  
Dr. Ulrich Höver

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
in der Bezirksvertretung Innenstadt**

Ludwigstraße 8  
50667 Köln  
fon 0221. 221 913 03  
fax 0221. 221 913 01  
mail [SPD-BV1@stadt-koeln.de](mailto:SPD-BV1@stadt-koeln.de)  
web [www.koelnspd.de](http://www.koelnspd.de)

Köln, 19.09.2019

**Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln**

Sehr geehrte Herren, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der BV Innenstadt zu setzen:

**Änderung der Information der Stadt Köln zum Langzeitparken in der Innenstadt**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Informationen an Bürger und Besucher der Stadt Köln zum Thema Langzeitparken im Straßenraum in nicht-werblicher Sprache neu zu verfassen und explizit auf Alternativen zum MIV sowie auf die Nutzung von Parkhäusern zu verweisen.

Insbesondere sind folgende Passagen zu ersetzen:

- „Auf etwa 11.000 Stellflächen im Bereich der Innenstadt sowie in den Stadtbezirken Lindenthal, Mülheim, Nippes und Porz können Sie für 4 Euro bis zu 24 Stunden lang parken!“
- „Im Vergleich zu den Parkhausgebühren ist das sehr günstig“
- „Verschaffen Sie sich einen Überblick!“
- „Selbstverständlich kann auf allen Langzeitparkplätzen auch kürzer geparkt werden.“

**Begründung**

Die Seite <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/verkehr/parken/parken-rund-um-die-uhr-fuer-4-euro> stellt das Langzeitparken in werblicher Sprache als besonders preisgünstige und offenbar clevere Möglichkeit für Autofahrer dar, die Innenstadt mit dem eigenen Auto aufzusuchen. Das ist angesichts der Verkehrslage, der Emissionen, der bestehenden Alternativen (Parkhaus, ÖPNV, leichte Mobilität) und dem öffentlichen Willen der Stadt Köln, den Verkehrsmix in Richtung nachhaltiger Verkehrsmittel zu bewegen, kontraproduktiv.

Der Hinweis auf die Anzahl der Stellplätze ist irreführend. Die Abqualifizierung gangbarer und politisch gewollter Alternativen (Parkhäuser!) schafft unerwünschte Verhaltensanreize. Die offensive Bewerbung günstiger Preise hält Nutzer auch dann von Alternativen (ÖPNV, Rad) ab, wenn sie günstiger, schneller und/oder bequemer sind.

Mit freundlichen Grüßen  
Gez.

Dr. Regina Börschel

Martin Henseler